

Vorlage VL 21/6763

ÖFFENTLICH

NICHT ÖFFENTLICH UND VERTRAULICH

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung	18. Februar 2026	Kenntnisnahme

Wirtschaftlichkeit: Keine WU

VL-Nummer Senat:

Titel der Vorlage

Berichterstattung zu Open Source

Vorlagentext

1. Bewertung der Initiative Schleswig-Holsteins

Der Senat bewertet die Initiative Schleswig-Holsteins grundsätzlich als einen konsequenten und strategisch nachvollziehbaren Schritt zur Stärkung von Informationssicherheit, Datenschutz und digitaler Souveränität. Der verstärkte Einsatz Freier und Open-Source-Software (FOSS) kann Abhängigkeiten von einzelnen Herstellern (Vendor Lock-in) reduzieren, Transparenz im Quellcode ermöglichen und langfristig zu mehr technologischer Eigenständigkeit beitragen.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass Schleswig-Holstein als reine Ministerialverwaltung strukturell anders aufgestellt ist als die Freie Hansestadt Bremen. Schleswig-Holstein kann strategische IT-Entscheidungen zentral für die Landesverwaltung treffen, ohne gleichzeitig eine umfangreiche kommunale Ebene mit eigenständigen, zersplitterten und heterogenen Fachverfahrenslandschaft berücksichtigen zu müssen. Diese strukturelle Ausgangslage erleichtert für Schleswig-Holstein die konzeptionelle Planung und Umsetzung einer Open-Source-Strategie erheblich.

2. Andere Länder und Kommunen mit ähnlichen Plänen

Dem Senat sind verschiedene Länder und Kommunen bekannt, die vergleichbare Ansätze verfolgen:

- Schleswig-Holstein: Strategische Zielsetzung, mittelfristig Standardarbeitsplätze und zentrale Dienste (Office, Kollaboration, Betriebssysteme) auf Open-Source-Lösungen umzustellen.
- Hamburg: Nutzung einzelner Open-Source-Komponenten und Beteiligung an bundesweiten Open-Source-Initiativen, jedoch keine vollständige Abkehr von proprietären Systemen.

- Baden-Württemberg: Förderung von Open Source im Rahmen der Digitalisierungsstrategie, u. a. durch Beteiligung an länderübergreifenden Projekten.
- Kommunen (z. B. München in der Vergangenheit): Versuche einer vollständigen Migration (LiMux-Projekt), später teilweise Rückkehr zu proprietären Lösungen – unter anderem aufgrund von Kompatibilitätsproblemen, Fachverfahrensabhängigkeiten und organisatorischen Herausforderungen. Zudem kommen auch industriepolitische Erwägungen zum Tragen.

In der Praxis erfolgen Umstellungen meist schrittweise und modular, etwa die Migration von Office-Anwendungen, die Einführung offener Kollaborationsplattformen, der Einsatz von Open-Source-Serverinfrastrukturen und die Beteiligung an länderübergreifenden Entwicklungskooperationen. Eine vollständige, sofortige Systemkomplettumstellung ist in keinem bekannten Fall erfolgt.

3. Möglichkeiten und Grenzen für Bremen

Die Freie Hansestadt Bremen unterscheidet sich grundlegend von Schleswig-Holstein, da sie verfassungsrechtlich keine Trennung zwischen Landes- und Kommunalverwaltung kennt. Land und Kommune sind organisatorisch und technisch sehr eng verzahnt. Das hat erhebliche Auswirkungen auf eine mögliche Open-Source-Strategie.

Insbesondere die Kommunalverwaltung verfügt über eine sehr große Anzahl spezialisierter Fachanwendungen mit Tiefenintegration und Abhängigkeiten von proprietären Komponenten. Eine Migration dieser Systeme in eine Open-Source-Umgebung wäre mit erheblichem finanziellem, personellem und zeitlichem Aufwand verbunden. Auch Governancethemen sind in erheblichem Umfang betroffen. Neben Lizenzfragen müssten Schnittstellen, Datenmigration, Schulung, Supportstrukturen und langfristige Wartung neu organisiert werden.

4. Gründe für und gegen eine Umstellung

Für eine Umstellung sprechen die Stärkung der digitalen Souveränität, die Reduktion von Herstellerabhängigkeiten, die theoretische Möglichkeit der Transparenz und Prüfbarkeit des Quellcodes, die Möglichkeit von potenziell geringeren Lizenzkosten, die Förderung regionaler IT-Dienstleister und die besseren Möglichkeiten zur interkommunalen Zusammenarbeit bei gemeinsamer Entwicklung.

Gegen eine Umstellung sprechen hohe Migrations- und Umstellungskosten, Kompatibilitätsprobleme mit bestehenden Fachverfahren, Schulungs- und Change-Management-Aufwand, unklare Wirtschaftlichkeit bei Spezialanwendungen, Risiko von Produktivitätsverlusten in Übergangsphasen und langfristige Wartungs- und Supportverantwortung.

Gerade in Bremen ist zu berücksichtigen, dass die kommunale Aufgabenwahrnehmung den überwiegenden Teil der Verwaltungsdigitalisierung betrifft. Eine rein landesbezogene Strategie – wie in Schleswig-Holstein – ist strukturell nicht ohne Weiteres übertragbar.

5. Perspektive für Bremen

Eine vollständige und kurzfristige Umstellung der gesamten Verwaltung auf Freie und Open-Source-Software ist aufgrund der beschriebenen strukturellen Besonderheiten nicht realistisch. Gleichzeitig werden die Möglichkeiten des Open Source Einsatzes bis zum Ende der derzeitigen Lizenzmodells mit Microsoft geprüft.

Gleichwohl kann Bremen Open-Source-Lösungen priorisieren, wo wirtschaftlich und technisch sinnvoll, bei Neubeschaffungen „Open-Source-first“-Prüfungen vorsehen, sich an länderübergreifenden Open-Source-Kooperationen weiterhin beteiligen, zentrale Infrastrukturen (z. B. Server, Containerplattformen, Fachportale) stärker auf offene Technologien stützen und

Standards für offene Schnittstellen (Open APIs, offene Dateiformate) verbindlich festlegen. Die entsprechenden Beschlüsse aus den relevanten Konferenzen (DMK, MPK, IT-PLR) geben hier den Handlungsrahmen vor.

Eine Umstellung müsste schrittweise erfolgen, mit klarer Priorisierung, belastbarer Wirtschaftlichkeitsprüfung und Einbindung aller Ressorts.

Für die zeitliche Perspektive wäre – selbst bei politischer Grundsatzentscheidung – realistisch ein mehrjähriger Transformationsprozess (5–10 Jahre) anzusetzen, insbesondere unter Berücksichtigung der Transformation der kommunalen Fachverfahren.

Beschlussempfehlung

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis